Einzureichen an:

Investitionsbank Sachsen-Anhalt
Gesundheit, Sport und Kultur
Domplatz 12
39104 Magdeburg

INVESTITIONSBANK SACHSEN-ANHALT

Ich/Wir beantrage(n) bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) die Zuwendung aus dem Programm

Musikschulförderung

gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Musikschulen im Land Sachsen-Anhalt (Musikschulrichtlinie Sachsen-Anhalt)

für das Haushaltsjahr Jahr

1. ANGABEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

☐ juristische Personen des öffentlichen Rechts ☐ gemeinnützige juristische Personen des privaten Rechts

1.1 Allgemeine Angaben

Name/Firma (ggf. lt. Handelsregister/Vereinsregister)

Gründungsdatum*

Straße, Hausnummer

Vorwahl/Rufnummer

PLZ

Ort

ggf. Ortsteil

Branche/Tätigkeitsbereich*

Landkreis/Gemeindenummer

Ansprechpartner zum Antrag (Name, Vorname)

Vorwahl/Rufnummer/Fax

E-Mail

Handels-/Vereinsregister-Nr. (falls vorhanden)

Registergericht (falls vorhanden)

Wirtschafts-Identifikationsnummer (§139c AO)

Vorsteuerabzugsberechtigt? ☐ Ja ☐ Nein ☐ teilweise mit ☐ %

* nicht anzugeben bei Kommunen

2. KURZANGABEN ZUM PROJEKT

2.1 Ort des Projekts (sofern abweichend von Ziffer 1.1 dieses Antrages)

Straße, Hausnummer

PLZ

Ort

ggf. Ortsteil

2.2 Projektbezeichnung

Musikschulen

2.3 Kurzbeschreibung zum Projekt

2.4 Geplante zeitliche Dauer

Beginn des Projekts	Tag/Monat/Jahr	geplantes Ende des Projekts	Tag/Monat/Jahr

3. Ziele des Projekts und Höhe der beantragten Zuwendung

3.1 Einzelunterricht im Rahmen der studienvorbereitenden Ausbildung (lt. Pkt. 5.3.1 a) der Richtlinie)

Anzahl Schüler	Einheit	Festbetrag je Schüler (in Euro)	Beantragte Zuwendung (in Euro)[1]
	à 2 Std.	bis zu 90	0,00

3.2 Leistungsorientierter Einzelunterricht (lt. Pkt. 5.3.1 b) der Richtlinie i. V. m. Ausführungsbestimmungen (ab 3. Unterrichtsjahr))

Jahreswochenstunden (JWS)	Einheit	Festbetrag je JWS (in Euro)	Beantragte Zuwendung (in Euro)
	à 45 min	bis zu 25	0,00

3.3 Musiktheoretische Ergänzungsfächer (lt. Pkt. 5.3.2 a) der Richtlinie)

	Jahreswochenstunden (JWS)	Einheit	Festbetrag je JWS (in Euro)	Beantragte Zuwendung (in Euro)
Musiktheorie		à 45 min	bis zu 20	0,00
Musikgeschichte		à 45 min	bis zu 20	0,00
Komposition		à 45 min	bis zu 20	0,00

3.4 Kontinuierlicher Ensembleunterricht ab zwei Schüler (lt. Pkt. 5.3.2 b) der Richtlinie)

Jahreswochenstunden (JWS)	Einheit	Festbetrag je JWS (in Euro)	Beantragte Zuwendung (in Euro)
	à 45 min	bis zu 20	0,00

3.5 Unterricht für besondere Zielgruppen im kontinuierlichen Unterricht (lt. Pkt. 5.3.2 c) der Richtlinie)

Jahreswochenstunden für Behindertenarbeit	Einheit	Festbetrag je JWS (in Euro)	Beantragte Zuwendung (in Euro)
	à 45 min	bis zu 20	0,00

Summe der beantragten Zuwendung (in Euro) 0,00

[1] Hinweis: Die beantragte Zuwendung errechnet sich automatisch („Anzahl Schüler bzw. JWS“ x „max. Festbetrag“ x „38 Jahreswochen“). Die Höhe der bewilligten Zuwendung wird über den Zuwendungsbescheid festgelegt und ergibt sich aus den Festbeträgen für das jeweilige Haushaltsjahr.

4. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Ich/Wir erkläre(n):

a) Mir/Uns sind die geltenden Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Musikschulen im Land Sachsen-Anhalt (Musikschulrichtlinie Sachsen-Anhalt) (Erl. der StK vom 01.02.2024 – StK-62-57001, MBl. LSA Nr. 11/2024 vom 18.03.2024 S. 192 ff., abrufbar über Downloadbereich auf der Internetseite der Investitionsbank) in der jeweils geltenden Fassung und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht und dass ich/wir im Falle einer Bewilligung die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) oder – sofern einschlägig – die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts (ANBest-Gk) sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten habe(n). Die Regelungen aus den o. g. Richtlinien sowie den ANBest-P / ANBest-Gk werden anerkannt.

b) Die Gesamtfinanzierung des Projekts ist unter Einbeziehung des beantragten Zuschusses gesichert.

c) Sofern keine juristische Person des öffentlichen Rechts: Ich bin/Wir sind zahlungsfähig, und gegen mich/uns steht ein (Verbraucher-) Insolvenzverfahren nicht unmittelbar bevor und ist nicht beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt worden. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, unverzüglich der IB mitzuteilen, wenn bis zur Bewilligung dieses Antrages ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorstehen sollte, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt wird.

d) Ich versichere/Wir versichern, dass bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die angegebenen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten.

e) Ich/Wir werde(n) das Projekt nicht im Auftrag oder auf Rechnung Dritter durchführen.

f) Für das Projekt wurden und werden bei anderen Stellen keine weiteren öffentlichen Förderungen oder Finanzierungshilfen beantragt.

g) Ich versichere/Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/Unterlagen. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die IB unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Angaben eintreten.

h) Mir/Uns ist bekannt, dass die IB berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich/wir mich/uns damit einverstanden.

i) Ich/Wir erkenne(n) an, dass die IB berechtigt ist, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung der/des Antragstellenden einzuholen. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir Verbände, Kammern sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.

j) Ich/Wir entbinde(n) die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung). Ich/Wir gebe(n) hiermit mein/unser Einverständnis, dass die von der IB im Bedarfsfall von den Finanzbehörden erhobenen Daten an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet werden können, wenn Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegen; insoweit befreie(n) ich/wir die IB ebenfalls von ihrer Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses.

☐ Ja ☐ Nein

k) **Belehrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs – gilt nur bei Betrieben und Unternehmen (einschließlich öffentlicher Unternehmen)**: Mir/Uns ist bekannt, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Angaben bzw. Erklärungen zu den Ziffern 1.1; 2.1; 2.2; 2.3; 2.4; 3.1; 3.2; 3.3; 3.4; 3.5; 4. a), b), c), d), e), f) und g) dieses Antrages sowie die Angaben in den gemäß zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste Ziffer 1., 2., 3., 4., 5. und 6. beizufügenden Unterlagen.
Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

5. EINWILLIGUNG IN DIE VERARBEITUNG UND VERÖFFENTLICHUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

5.1 Veröffentlichung

Uns/Mir ist bekannt, dass mein/unser Projekt mit projektrelevanten Daten gemäß Artikel 49 Absatz 3 Verordnung (EU) 2021/1060 veröffentlicht wird.

5.2 Zustimmung zur Beratung und Information

Ich/Wir möchte(n) über individuell für mich/uns passende Produkte der IB und über den Start und die Änderungen von Förderprogrammen informiert werden. Diese Einwilligungen sind freiwillig und können jederzeit, auch einzeln, mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.
Ihre Einwilligung ist elementar für eine qualifizierte Beratung durch unser Haus, falls Sie dennoch keine Einwilligung zu Analyse- und/oder Informationszwecken erteilen möchten oder Ihre Einwilligung zu einem späteren Zeitpunkt widerrufen, wirkt sich dies nicht auf die von Ihnen beantragte (Kredit-/Zuschuss-/Zuweisungs-) Förderung aus.

a) Zustimmung zur Analyse von Daten zur Person
Wir versichern Ihnen vorab, dass wir Ihre nachfolgend genannten Daten absolut vertraulich behandeln und nicht an unberechtigte Dritte weitergeben. Dazu sind wir zudem auch rechtlich, z. B. durch das Bankgeheimnis, verpflichtet. Die IB wird (nur sofern notwendig) für eine individuelle Beratung folgende Daten über mich/uns verknüpfen, gemeinsam auswerten und verwenden:
   1. Personendaten, wie Name, Geburtsdatum, Familienstand, Beruf
   2. Kontaktdaten, wie Adresse, E-Mail und Telefonnummern
   3. Daten zu meiner Bonität, meiner finanziellen Situation und zu meinem Kreditrisiko
   4. Daten aus Beratungsgesprächen, Vertriebsaktivitäten, Dokumentationen und Erhebungsbögen sowie vergleichbare Daten
   5. Statistische Daten, welche mir mithilfe allgemeiner Kriterien zugeordnet werden können, beispielsweise für die Eignung bestimmter Förderprodukte für bestimmte Altersgruppen, Regionen oder Branchen

Zweck der Analyse der Daten zur Person: Die IB berät, betreut und informiert mich/uns möglichst passgenau, z. B. über für mich/uns geeignete neue Förderprodukte der IB.

☐ **Ja, ich bin/wir sind mit der Verknüpfung, Auswertung und Verwendung meiner/unserer aufgelisteten Daten zu vorgenannten Zwecken einverstanden.**

b) Einwilligung zur Informationsübermittlung der IB
Ich/Wir erkläre(n) mich/uns damit einverstanden, dass die IB die mit dem Förderantrag erhobenen persönlichen Daten nutzt, um mir/uns interessante Informationen zu weiteren Fördermöglichkeiten zukommen zu lassen:

☐ **per Post** ☐ **telefonisch** ☐ **per E-Mail**

5.3 Hinweise zur Datennutzung

In der Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ finden Sie eine kompakte Übersicht über den Umgang der IB mit Ihren Daten sowie der Ihnen zustehenden Rechte nach der DS-GVO. Die Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ ist jeder betroffenen natürlichen Person zur Kenntnis zu geben, für die im Rahmen der Antragsbearbeitung und zur Abwicklung der Förderung die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist.

UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN/BEVOLLMÄCHTIGTEN

Ort, Datum	**Unterschrift** (Stempel, sofern relevant)
Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)	
Ort, Datum	**Unterschrift** (Stempel, sofern relevant)
Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)	